KLASSENKAMPF

KOMMUNISTISCHER BUND WIEN

Impressum: Herausgeber, Eigentümer, Verleger: Kommunistischer Bund Wien. Für den Inhalt verantwortlich: Karl Peter Schwarz . Alle: 1070 Wien, Halbgasse 12. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1070 Wien, Halbgasse 12.

Gegen das Volksgruppengesetz und gegen jede Minderheitenfeststellung!

Die ursprüngliche Einigung der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ, eine Minderheitenfeststellung durchzuführen, war mit der Bestrebung verbunden, den konsequenten Kampf der Slowenen in Kärnten gegen jede Diskriminierung abzuwürgen und ein für alle Mal Schluß zu machen mit der Bewegung, die volle Gleichberechtigung der Minderheiten in diesem Land gegen den Staat durchzusetzen.

Doch die Slowenen, seit Jahrzehnten der aktive Kern im Kampf um die Gleichberechtigung, ließen sich durch diese Machtdemonstration aller bürgerlichen Parteien nicht einschüchtern. Sie haben trotz der Front von SPÖ, ÖVP und FPÖ gemeinsam daran festgehalten, gegen die Diskriminierung durch eine Minderheitenzählung aufzustehen und haben trotz dieses Massiven Einschüchterungsversuches erst kürzlich in einer Aussprache bei Minister Broda klar betont, daß sie weiterhin am Kampf gegen jede Minderheitenfeststellung festhalten werden.

Die Empörung über die undemokratische Minderheitenfeststellung ist im ganzen Land angewachsen. Nach Bekanntwerden der Dreiparteieneinigung zur Durchführung einer Volkszählung haben sich eine Reihe von Organisationen entschieden gegen jede solche undemokratische Zählung gewendet, wie z.B. die Katholische Arbeiterjugend, die Katholische Männerbewegung und auch die kommunistischen Organisationen. Darüber hinaus haben sich in Wien eine große Zahl von demokratisch gesinnten Menschen auch aus der SPÖ zu einem Komitee von Persönlichkeiten gegen jede Minderheitenfeststellung zusammengeschlossen. Beim Parteitag der SPÖ wurde sogar von Mitgliedern eine Resolution gegen das von der SP-Regierung geplante Volkszählungsgesetz eingebracht.

Die Bewegung gegen die undemokratische Volkszählung geht quer durch die Parteien und hat eine große Zahl von Menschen im ganzen Land erfaßt. Den Parteibossen schlägt ein wachsendes NEIN zum Volkszählungsgesetz entgegen. Dies ist ein ganz wesentlicher Beitrag dafür, daß auch die Entschlossenheit der Slowenen in Kärnten gefördert wird.

Diese wachsende und deutliche Gegnerschaft zum Volkszählungsgesetz hat dazu geführt, daß die anfängliche Geschlossenheit der drei Parteien im Parlament ins Wanken kam und sich jede Partei bemüßigt fühlte, in der Öffentlichkeit der anderen Partei den 25%-Vorschlag zuzuschieben. Doch der klare Wille aller Parteien, die Spaltung des Vol-

Der Kommunistische Bund Wien ruft auf zur

DEMONSTRATION

Gegen das Volkszählungsgesetz besonderer Art!

Gegen jede Minderheitenfeststellung!

Gegen das Volksgruppengesetz!

Treffpunkt: Kaufhaus Stafa Mariahilferstraße **Freitag, 9. April 1976 17h**

kes aufrechtzuerhalten, ließ sie nach einer scheinbar demokratischen Regelung des Slowenen-Problems suchen. Gefunden wurde sie in Form des Volksgruppenförderungsgesetzes.

Dieses Gesetz, das von einer Minderheitenfeststellung voll abhängig ist, soll dazu dienen, vor allem die Slowenen als aktiven Kern des Kampfes gegen jede Minderheitenfeststellung mit der vagen Ankündigung minimaler Rechte zu spalten und jeden weiteren Kampf als "Unruhestiftung von Unbelehrbaren" abzustempeln. Die bürgerlichen Parteiführer wissen, daß mit einer solchen Spaltung der Slowenen auch die breite Bewegung aller demokratisch gesinnten Menschen in Österreich aufgesplittert werden kann und auf diese Weise die Bedingungen geschaffen werden können, um die reaktionäre Minderheitenfeststellung gegen den Willen großer Teile des Volks durchzusetzen. Damit liefern die bürgerlichen Parteiführer von SPÖ, ÖVP und FPÖ den Beweis dafür, daß sie unter allen Umständen gegen den demokratischen Willen des Volkes vorgehen wollen.

In diesen Bestrebungen muß ihnen jetzt eine klare Absage erteilt werden, damit ihre Spaltungsversuche fehlschlagen. Von entscheidender Bedeutung für den weiteren konsequenten und geschlossenen Kampf der Slowenen gegen die Minderheitenfeststellung ist es, daß wir uns vom Täuschungsmanöver der Parteien mit dem Volksgruppenförderungsgesetz nicht blenden lassen und gerade jetzt selbst aktiv in diesen Kampf gegen jegliche Minderheitenfeststellung aktiv eingreifen.

Der KB Wien ruft auf zu einer Demonstration gegen die geplante Minderheitenfeststellung am 9.4. in Wien (17 Uhr, Treffpunkt Kaufhaus Staffa), dem Tag, an dem auch in Klagenfurt und allen anderen Bundeshauptstädten Demonstrationen und Manifestationen statffinden werden.

Wir Kommunisten unterstützen entschieden jeden Schritt und jede Bewegung zur Durchsetzung demokratischer Rechte gegen die herrschende Klasse, weil wir darin einen Teil des Klassenkampfes der Arbeiterklasse und des Volkes gegen die reaktionäre Politik des bürgerlichen Staates sehen.

Mit dieser Demonstration und mit der Unterstützung der gerechten Forderungen der Slowenen stellen wir praktisch unter Beweis, daß wir es für eine ganz entscheidende Sache halten, daß die gesamte Arbeiterklasse und das gesamte Volk - Slowenen, Kroaten und Deutschsprachige - gegen die Diskriminierung eines Teils der Arbeiterklasse und des Volkes aufstehen.

Wir Kommunisten gehen davon aus, daß es dem reaktionären Charakter der besitzenden Klasse und ihrem Staat im heutigen Kapitalismus entspricht, wenn sie stets den Versuch macht, die Arbeiterklasse und das Volk zu spalten und damit bezweckt, den Klassengegensatz zwischen ausgebeuteter und ausbeutender Klasse hinter dem Rauchvorhang des scheinbaren Gegensatzes zwischen deutsch- und slowenisch sprechenden Teilen des Volkes zu verdecken.

Eine Arbeiterklasse, die vom bürgerlichen Staat gespalten ist kann den Klassenkampf gegen den Staat nicht führen und verliert überdies noch einen Teil des Volks in seinem Kampf gegen den Staat.

Wir Kommunisten gehen davon aus, daß die Arbeiterklasse die Ausbeutung aber nur dann beseitigen kann, wenn sie den bürgerlichen Staat zerschlägt und selbst die politische Macht ausübt. Um diesem Ziel näher zu kommen, ist jeder Schritt tausendmal notwendig, der geeignet ist, die Arbeiter in diesem Land gegen die Kapitalisten und ihren Staat zu einen und das Volk um die Arbeiter zusammenzuschließen. Aus diesem Grund sind wir entschiedene Gegner der Minderheitenfeststellung und des Volksgruppengesetzes und rufen alle auf, an der Demonstration teilzunehmen und damit beizutragen, daß die Herren Abgeordneten im Parlament merken, daß viele Arbeiter und Angestellte auch in Wien die Minderheitenfeststellung sowie jede Diskriminierung der Minderheiten entschieden ablehnen und verhindern wollen, und für die

VOLLE GLEICHBERECHTIGUNG DER MINDERHEITEN IN ÖSTERREICH eintreten.